

Quelle: MSZ 3-1982

Politische Ökonomie - Ideologien

Keynesianer, Monetaristen und deutsche Pragmatiker

Die im "Beschäftigungsprogramm" verwendeten wirtschaftspolitischen Instrumente, wie auch die Abschreibungserleichterungen und Steuersenkungen des amerikanischen Präsidenten sind ganz normale Bestandteile einer "keynesianisch geprägten" Wirtschaftspolitik. Wenn heutzutage aber ein Wirtschaftstheoretiker - sei es ein Wissenschaftler oder ein Wirtschaftsjournalist - einem Kollegen, einer Gewerkschaft oder einem Politiker am Zeug flicken will, dann spricht er mit Vorliebe von "Fehlern keynesianischer Wirtschaftsphilosophie". Dies geht soweit, daß das Gedankengut eines John Maynard Keynes, das in der Vergangenheit allzu viele Köpfe ergriffen haben soll, für die jetzige "schwierige Wirtschaftslage" verantwortlich gemacht wird. Die "Keynesianer" selbst sehen sich dem Verdacht unterworfen, ob sie nicht heutigen "wirtschaftlichen Erfordernissen" konträre, ja schädliche Ideen vertreten, was sie zu sehr offensiven Bekenntnissen bewegt.

Keynesianismus einst...

Auf einer Diskussionsveranstaltung des Bayerischen Rundfunks z.B. war unter all den hochkarätigen Fachleuten - Schiller, Emminger (Bundesbank), Sievert (Sachverständigenrat) - ein Professor Gerfin als Vertreter des Keynesianismus plaziert, und zwar offenkundig als Vertreter einer exzentrischen bis linksverdächtigen Position. Es war schon fast peinlich mit anzusehen, wie der Professor bemüht war, seine vollinhaltliche Übereinstimmung mit den "anti-keynesianischen" Maßnahmen der Regierung herauszustreichen, wobei er auch vor öffentlichem Abschwören nicht zurückschreckte:

"Über alle Lager hinweg gibt es keinen Dissens, daß sich Lohnpolitik den Kosten anzupassen hat."

Dies ist zwar allgemeines Wirtschaftscredo, aber *nicht* Keynesianismus: Der alte Keynes war nämlich so radikal, für die "Rettung des Kapitalismus" ein Programm vorzuschlagen, das dem "Konsum" - worin das gewöhnliche Volk als Teil des "Aggregats" eingeschlossen ist - eine erstrangige Stellung auch *abgekoppelt* vom produktiven Geschehen ("den Kosten") zuwies. Keynes war sogar so radikal, den Kapitalismus dahingehend zu kritisieren, daß er - indem er den "Konsum" zu sehr beschränke - womöglich einen Sprengsatz an sich selbst lege. Anhaltspunkt dafür war ihm die durch den Krieg zerrüttete Wirtschaft und die große Weltwirtschaftskrise, die erwiesen hätten, daß sich die anfänglich richtigen "Gesetzmäßigkeiten" des Kapitals überlebt hätten:

"Europa war sozial und wirtschaftlich so organisiert, daß die größtmögliche Kapitalakkumulation erzielt werden konnte... Die neuen Reichen des 19.Jahrhunderts wurden nicht zu großem Aufwand erzogen und zogen die Macht, die ihnen die Investition verlieh, den Annehmlichkeiten des sofortigen Konsums vor. ... In der Tat war es gerade die Ungleichheit in der Verteilung der Reichtümer, die jene gewaltige Aufhäufung von Vermögensanlagen und Kapitalausweitungen ermöglichte, welche diese Epoche auszeichneten. Darin lag tatsächlich die hauptsächliche Rechtfertigung des kapitalistischen Systems..."

Die ungeheuren Anhäufungen von veranlagtem Kapital, die zum Vorteil der Menschheit während des halben Jahrhunderts vor dem Krieg entstanden, hätte es in einer Gesellschaft mit gleichmäßiger Vermögensverteilung nie geben können... So war also das System, um wachsen zu können, auf einen doppelten Bluff oder eine zweifache Täuschung angewiesen. Auf der

einen Seite akzeptierte die Arbeiterklasse aus Unwissenheit oder Machtlosigkeit - oder wurde durch Brauch, Übereinkommen, Autorität und die wohlverankerte Ordnung der Gesellschaft zum Akzeptieren gezwungen, überredet oder verführt - eine Situation, in der sie von jenem Kuchen, den sie selbst gemeinsam mit der Natur und den Kapitalisten buken, nur ein kleines Stück ihr eigen nennen konnten. ...

Damit will ich keineswegs die Praktiken jener Generation herabsetzen. In den unbewußten Tiefen ihres Seines wußte die Gesellschaft, was sie tat. Im Verhältnis zum Appetit des Konsums war der Kuchen wirklich sehr klein, und wenn man ihn allgemein verteilt hätte, wär niemand viel besser dran gewesen. Die Gesellschaft arbeitete nicht für die kleinen Freuden des Heute, sondern für die künftige Sicherheit und Besserstellung der Menschenrasse - kurz, für den ‚Fortschritt‘." (aus: "Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens")

Keynes lobt also den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts wegen einer für die Entfaltung der Produktivkräfte sehr gelungenen *Verteilung*, die darin besteht, daß alle *gleichermaßen entsagen*, was bei den einen in Wachstum ausschlägt, bei anderen in - vom höheren Zweck her - unumgängliche *Armut*, die wiederum dem Wachstum zugutekommt. An der Unterbrechung dieses Wachstums durch die Große Weltwirtschaftskrise stört Keynes nun das Brachliegen der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit, welches er wiederum auf ein Ausbleiben von *Nachfrage* zurückführt: Der Kuchen kann nicht mehr wachsen, weil er nicht verzehrt wird:

"Die westliche Welt wurde durch den Zusammenbruch der Marktwirtschaft belehrt, daß der Kuchen schon groß war und daß er austrocknet und zerbröckelt, wenn man ihn nicht anschneidet." (Keynes-Schülerin Jean Robinson in Zusammenhang mit dem Zitat)

Wenn Keynes von den "wirtschaftlichen Folgen des Friedens" redet und diese Folgen für bedenklich hält, so findet er am vorhergegangenen Krieg zumindest die reichliche Ausgabentätigkeit des Staates für einen positiven Aspekt bzw. macht das (angeblich!) allzu abrupte Nachlassen dieser Tätigkeit für den "Einbruch" verantwortlich. Er geht also nicht von einem vorhandenen "Kuchen" aus, den es anders zu verteilen gälte, sondern führt den Staat als übergeordnete Finanzmacht ein, die unabhängig vom "Kuchen" und bei beibehaltenem Verhältnis von Wachstum und Armut in der Akkumulation, das sich in diesem Verhältnis einstellende "Stocken" (ausbleibende Nachfrage) von außen her korrigiert, sozusagen mit einer künstlichen Nachfrage das Kuchenwachstum anregt. (Dafür denkt er sich auch "Multiplikatoren" aus: An bestimmter Stelle eine Nachfrage eingesetzt, hat eine lawinenartige Ausweitung von Produktion und Investition zur Folge.) Unter Nachfrage ist also keinen Moment lang Massenkonsum zu verstehen, sondern ein Anreiz des Staates - der sich jenseits der Akkumulation verschuldet im Vertrauen darauf, daß Schulden bei ihm von einer ganz anderen Qualität als bei einem Geschäftsmann sind -, die die Produktionsfaktoren (wieder) einer nützlichen Verwendung zuführen:

"Die langanhaltende Arbeitslosigkeit der 30er Jahre hatte die Lehre des laissez faire politisch unhaltbar werden lassen. Die neue Lehre von Keynes besagte im Kern, daß sich der Staat nicht auf den Automatismus wirtschaftlicher Anpassungsprozesse verlassen dürfe, sondern durch eine gezielte Haushalts-, Steuer- und Geldpolitik zur Vollbeschäftigung beitragen müsse.

Die Aufgabe, die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen und damit nach Arbeitskräften zu steigern, so behauptete Keynes, könne nur vom Staat ausgelöst werden - durch Erhöhung der Staatsausgaben, Senkung der Steuern und Vergrößerung des Geldumlaufs; Voraussetzung für eine solche Politik sei die Bereitschaft, größere Defizite im Staatshaushalt hinzunehmen. Keynes legte in seiner Lehre mehr Gewicht auf eine variable Steuer- und Haushaltspolitik als auf die Regulierung der verfügbaren Geldmenge... Nach der Auffassung von Keynes ist die verfügbare Geldmenge nur einer unter mehreren Faktoren, die die Volkswirtschaft beeinflussen, nicht aber der beherrschende Faktor.

Verlieren Verbraucher und Unternehmer das Vertrauen in die Zukunft... vermag sie die Ausweitung des Geldvolumens nicht zur Erhöhung der Ausgaben und Verminderung der Spartätigkeit zu veranlassen." (Leonard Silk, Wirtschaftswissenschaftliche Theorie und Wirtschaftspolitik in den USA, in: USA Perspektive, 2/71)

Die "Leistung" Keynes besteht darin, aus dem kapitalistischen Alltag sich aufdrängende Erscheinungen wie Investitionen, Sparen oder Verbrauch in *theoretische Größen* in einem von ihm gebauten *Modell* der gesamten Volkswirtschaft zu verwandeln. Eine Kategorie wie "Konsum" z.B. hat mit tatsächlichem Einkaufen und Verzehren - was bei den Klassen sehr Unterschiedlich ausfällt, und sehr unterschiedlichen Zwecken gehorcht - nicht das geringste zu tun. Sie ist vielmehr ein auf reine *Quantität* reduzierter Bestandteil des volkswirtschaftlichen "Kuchens" Keynes verwendet nun viel Mühe darauf zu, ersinnen, wie diese Quantität durch - von ihm postuliertes - Größer- oder Kleinerwerden andere Quantitäten beeinflusst. Dieses Verfahren spricht neben aller Plausibilisierung durch *Berufung* auf reale Phänomene (nicht ihre Erklärung) unbefangen seinen Modellcharakter aus, wenn nämlich "ceteris paribus-Klauseln" (während sich das eine ändert, müssen die anderen derweil stillhalten) und schnell mal vorweggestellte "Prämissen" als selbstverständlich oder "leider" noch nicht gänzlich erforscht zu gelten haben.

Die "Beschreibung" des Kapitalismus im 19. Jahrhundert ist für solche theoretische Verwandlung ein schöner Beleg: Wer soll denn das gewesen sein, der da "organisiert" und "konstruiert" hat? Natürlich Keynes selbst - man sieht, er beherrscht das Grundtheorem der Soziologie: "System". Wieso wußten denn die Menschen, "was sie in den unbewußten Tiefen ihres Seins" zu wissen hatten? Weil Keynes sie sich so vorstellt - man sieht, auch die Psychologie ist ihm nicht fremd. All dies dichtet er dem 19. Jahrhundert an, weil er von der Akkumulation, die er sich als Werk eines göttlichen Abstinenztheoretikers (der die einen mit mehr "Machtliebe", die anderen mit mehr "Konsumhunger" ausstattet) vorstellt, begeistert ist - zugleich aber auch von ihrer "Unterbrechung" durch die Weltwirtschaftskrise, den damaligen "schweren Zeiten", enttäuscht. Darum legt er sich die vergangene Akkumulation so zurecht, daß sie zwar das grundsätzlich richtige Verhältnis der "Teile" eingerichtet, dabei aber nach einer Seite hin *übertrieben* habe. Dafür bedarf es dann einer *Korrektur von außen*: Die Begeisterung für die Akkumulation wird konsequent ergänzt durch die *Staatsbegeisterung*, denn nur die darüberstehende Kraft - die bislang der Akkumulation angeblich fehlte -, ist imstande, die "Teile" neu einzurichten.

Darin *erschöpft* sich der Keynesianismus. Das Neue an ihm ist tatsächlich nur der "Fortschritt", den modellbauenden Ökonomen mit seiner staatsbürgerlichen Seele auch *theoretisch* zu verschmelzen. Dies ist nicht Kapitalismuskritik, sondern die Geburt der "Makroökonomie", ein die "Mikroökonomie" ob ihres Verhaftetseins (so wird ihr bedeutet) am "Nutzenmaximierer" *kritisierender Zusatz*; die Einführung eines neuen "Nutzenmaximierers", der mit seinem ganz speziellen "Haushalt" und der "Bereitschaft, größere Defizite hinzunehmen", den anderen beim Maximieren zu helfen habe. Sein makroökonomisches Spinnennetz, in dessen Zentrum der Staat sitzt und alle Fäden zieht, erklärt weder eine einzige wirtschaftspolitische Maßnahme, noch läßt sich daraus irgendein "Instrument" "gewinnen" - es handelt sich ausschließlich um die Affirmation, daß Wirtschaftspolitik, Staatshaushalt und Akkumulation *zusammengehören*.

Ein Arbeiterfreund wird Keynes höchstens bei einer ziemlich ungerechten Betrachtungsweise, die Staatsausgaben böswillig mit einem zuvor als Verursacher allen Übels angeprangerten Sozialstaat zusammenwirft und dann ausgerechnet Keynes vorwirft, den Staat zu solchen Ausgaben verleitet zu haben. Tatsächlich entwarf Keynes seine Theorie auf dem Hintergrund eines "Lernprozesses" der kapitalistischen Staaten (man kann auch sagen: der kam ihm gerade recht, um einen "Fortschritt" in der *Wirtschaftswissenschaft* zu machen), als sie sich nämlich daran machten, die Folgen eines großen

Kriegs der ja nun wirklich etwas anderes als "laissez faire" ist -, die sich unter anderem in einem weltweiten *Nichtgebrauch* vorhandenen Kapitals ausdrückten, wirtschaftspolitisch in den Griff zu nehmen. Keynes selbst läßt keinen Zweifel daran, daß seine "Berücksichtigung" der Massen im Faktor "Konsum" jene als eine *Variable zum Nutzen des Wirtschaftswachstums* eingesetzt haben will, weswegen es für einen Keynesianer kein Widerspruch ist, sich den "Konsum" als konjunkturell - zu erweiternde "Stromgröße" (mit Multiplikatoreffekt fürs *Kapital*) vorzustellen bei *gleichzeitiger* Ermahnung an die Gewerkschaften zur tarifpolitischen Mäßigung. Auch für ihn ist die weiterbestehende Armut der Massen die unabdingbare Voraussetzung für einen funktionierenden Kapitalismus: Er will doch gerade auf Basis des beschränkten Massenkonsums die Akkumulation durch staatliche Nachfrage wieder in Gang bringen und setzt dabei auf die praktische Schuldenmacht des Staates, der mit seinen Krediten die Mittel für die Akkumulation bereitstellt. Oder in den Worten Keynes' selbst: "Die Ungleichheit in der Verteilung der Reichtümer" *muß* sein - sie muß nur anders *gesteuert* werden. Die vorgebliche Besserstellung der Massen reduziert sich darauf, daß die vermehrte Lohnsumme bei höherer Beschäftigung sich als wachstumssteigernde Nachfrage bemerkbar mache ("Kaufkraft").

Insofern ist Keynes die kapitalfreundliche und auf die (amerikanischen) Wirtschaftskräfte setzende Alternative zum faschistischen "Beschäftigungsprogramm". Während die Faschisten die brachliegenden Produktionsfaktoren unabhängig von kapitalistischen Nützlichkeitsabwägungen per staatlichem Beschluß zu weiterer Produktion anhielten, forderte Keynes den Staat mit seiner Theorie auf, dem Kapital genügend Kredit und Aufträge anzubieten, die es dann von sich aus schon profitabel zu nutzen verstünde.

Jahrzehntelang haben es sich denn die Politiker auch angelegen sein lassen, ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen als durch eine anerkannte Theorie legitimiert auszugeben (oder auch zu sagen, sie würden es jetzt mal unterschiedlich dazu machen), wofür sich ja aus den Folgen des gleich folgenden nächsten großen Krieges genügend Anlässe ergaben; und niemand hat ihnen vorgeworfen, sie würden das Kapital zugunsten eines flotten Lebens des Proletariats ruinieren - bis heute.

...und heute

Deswegen ist - um auf Professor Gerfin zurückzukommen - ein Keynesianer auch heute kein Aussätziger, sondern ein Diskussionspartner, er hat nur ganz andere Anstrengungen zu unternehmen, seine Nachfrageelemente als sehr wohl mit der staatlichen "Sparpolitik" (die "Ausgaben" schlechthin - und lügnerisch - zum Zentralübel erklärt) kompatibel, ja sogar sie fördernd, darzustellen. Sein objektives Manko muß dabei bleiben, daß ein Keynesianer (zumindest dem Schein nach) dem Staat zunächst eine Ausgabe anempfehlen muß - von der er weiß, daß sie im Ruch der "Nachgiebigkeit" steht und die er darum mit ausführlichen Vorreden versieht, daß er dabei wirklich nur das Wohl des Wirtschaftswachstums im Sinne hat -, die sich dann in vermehrten Einnahmen auch und gerade unter den "erschwerten Bedingungen" lohnend macht. Doch diese ideologische Darstellung früherer, "normaler" Staatsverschuldung - wo der Staat sich den produktiven Potenzen seiner Gesellschaft fördernd unterordnet, um so die Haushaltsmittel hereinzulocken, wo er zugleich aber in der Verschuldung auch anzeigt, daß er sich von diesem Rückfluß nicht begrenzen läßt, sondern das (Kredit-)Vertrauen seiner Bürger für die Durchführung aller ihm notwendig erscheinenden Aufgaben in Anspruch nimmt - muß sich heute Realitätsferne vorhalten lassen, und zwar gerade *deswegen*, weil die heutige Ausweitung der Staatsverschuldung mit Konjunktur- und sozialpolitischen Sparmaßnahmen und rigoroser Beschränkung des "Nachfragefaktors" einhergeht. Deswegen ist dann auch die - jeden keynesianischen Vorschlag weit in den Schatten stellende - Größe der Verschuldung kein Gegenargument. Sie *gebietet* ja gerade "Haushaltskonsolidierung" und erbiertet jedes "deficit-spending" - außer für Tornados etc.

Friedmans "einfaches Rezept"

Die streitbare *Alternative* zur Keynesischen Wirtschaftspolitik seit 15 Jahren, der Monetarismus, tritt jetzt auf und behauptet, den Staat schon immer zu dem aufgefordert zu haben, was er jetzt angeblich tue: "*Weniger Staat*". Scheinbar handelt es sich um eine "Rückbesinnung" auf die - vom Keynesischen Staatseingriff verdorbenen - Vorzüge des "laissez faire"; diese Lehre betont, daß sie vom Staat "nur" einen einzigen Eingriff verlange:

"Die Friedman'sche Lehre ist in der Hauptsache eine aktualisierte und verfeinerte Version der alten quantitativen Geldtheorie, die besagt, daß Veränderungen in der verfügbaren Geldmenge vorhersagbare Veränderungen in den Gesamtausgaben seitens der Wirtschaft und Konsumenten und über diese bei den Preisen hervorrufen. Nimmt die verfügbare Geldmenge stärker zu als die Menge der erzeugten Güter und Dienstleistungen... steigen die Preise; hält man jedoch den Geldmengenwuchs geringer als den potentiellen Ausstoß der Wirtschaft, nimmt die Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Nachgeben der Preise ab. Um sowohl eine Inflation als auch eine Deflation zu vermeiden und statt dessen ein relativ stetiges Wachstum zu gewährleisten, schlug Prof. Friedman als ein einfaches Rezept vor, das Zentralbankensystem möge das Wachstum der verfügbaren Geldmenge auf die Zuwachsrate des Ausstoßes an Gütern und Dienstleistungen beschränken." (Silk, ebd.)

Die Theorie kapriziert sich auf den einen Punkt im magischen Viereck "Preisstabilität" und behauptet, die Realisierung dieses Ideals sei Durchsetzung einer stetigen Akkumulation: Die Geldmenge *bestimmt* das Wachstum, *darum* hat sie sich von der Rate des Wachstums *bestimmen zu lassen* und die *Preise* an die *natürliche* Wachstumsrate *anzupassen*. So lautet das Grunddogma, das sich über die Bestimmung der Preise, über Geldumlauf, über Kredit und sein Verhältnis zur wirklichen Akkumulation souverän hinwegsetzt.

Doch soll hier mehr die Botschaft interessieren, die widersprüchlich genug ist: Wenn diese Theoretiker in dem - von ihnen aufgemachten! - Streit um "mehr oder weniger" Staat eine Position des "weniger" einnehmen, dann kann man bei der näheren Bestimmung des "weniger" erkennen, daß an diesem Streit aber auch nichts stimmt. Der die wundertätigen Kräfte entfesselnde "Rückzug des Staates" aus der Ökonomie hat ja den ganz besonders wundertätigen Zauberstab der "richtigen Geldmenge" im Tornister - von der richtigen Definition und vom richtigen Gebrauch dieses Zauberstabs durch den *Staat hängt* nach Auffassung der Monetaristen *das Wirtschaftssystem vollständig a b*.

Die Monetaristen haben also keine Wahrheit auf ihrer Seite, dafür aber zwei Tatsachen im Rücken: Daß sie 1. die konkurrierende Theorie zu den Keynesianern sind; 2. daß der Staat seine Wirtschaftspolitik geändert hat und das mit Hinweis auf seine steigende Verschuldung als "Anti-Inflationsprogramm" und "Sparpolitik" sowie in Amerika als Abbau des "staatlichen Dirigismus" verkauft. Ihre ideologische Tauglichkeit liegt darin, als immer schon präsente Alternative die sehr massiven Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben mit der gegenteiligen, ihre theoretische "Identität" ausmachenden Behauptung zu *versehen* und dies als Sieg der *Theorie* zu feiern. Sie nehmen also keine staatlichen Aufträge zum Verfassen möglichst schöner Lügen entgegen, sondern genießen es, endlich *sich* in den staatlichen Überzeugungen zu entdecken dazu gehört, daß man vom wirklichen Gang der Dinge wirklich nichts wissen *darf*. Damit ist allen staatlichen Härten eine ganz andere Notwendigkeit verliehen, die nun als wirtschaftstheoretische Vernunft firmiert. In dieser Welt der Ideologien haben nicht die (Wirtschafts-) Politiker etwas ganz bestimmtes vor, sondern *die Anwendung einer falschen Konjunkturtheorie zwingt sie zum Umdenken*. Dem Triumph der Monetaristen kann sich kein Kommentator verschließen, so daß sie durch die Bank ihre früheren Überzeugungen - als es der Staat noch anders trieb und der Monetarismus als zwar interessante, aber

"unpraktikable" Lehre galt - auf den Misthaufen der Geschichte werfen und unisono verkünden, daß der Staat gar nicht anders könne, als dem früheren Zentralfehler der "Verschuldung" abzuschwören und "Haushaltskonsolidierung" zu betreiben.

Politik und ökonomische Theorie

Der erste "logische" Schritt in der Beweisführung ist die Behauptung, daß Politiker sich nach Theorien richten würden. Die in dem zitierten Silk'schen Aufsatz gängige Manier, die amerikanischen Präsidenten von Kennedy bis Nixon als Anhänger von Beraterstäben aus den Universitäten darzustellen, die aus den "Fehlern" der Vorgänger den Schluß zogen, nun müßten sie es mit einer neuen Theorie versuchen, heißt aktualisiert:

"Eine ökonomische Theorie-Diskussion in diesen Tagen steht unter ganz besonderen Vorzeichen. Selten zuvor waren die verschiedenen Modelle in der Praxis so deutlich nebeneinander zu vergleichen, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Während der amerikanische Präsident Reagan bei seinem Amtsantritt einer rigorosen angebotsorientierten Politik den Vorrang gegeben hat, setzt der französische Staatspräsident Mitterrand eindeutig auf die von John Maynard Keynes initiierte Politik der Steuerung über die Nachfrageseite. Und in Großbritannien wiederum neigt Frau Thatcher stark dem Monetarismus eines Milton Friedman zu. Ideale Voraussetzungen für einen Systemvergleich mithin, wenngleich im Alltag so manche Maßnahme hier wie dort den Wein der reinen Theorie verwässert." (Hellmut Maier-Mannhart, Südd. Zeit. vom 13.5.)

Wie aber schon der letzte Satz andeutet, kann den Theorien nie die endgültige Verantwortung übertragen werden, da die Politiker beim Ausprobieren immer in den Modellen nicht vorgesehene Fehler machen, die sie dann wieder zum Ausprobieren neuer Modelle "zwingen". Ein Wirtschaftsjournalist beherrscht eben auch die Ökonomenlogik, erst ein Modell aufzustellen und dann die dem widersprechende Realität, die er damit zu erklären behauptet, als ungenügende Anwendung dieses Modells zu blamieren.

"Der Autoritätsverfall jener Lehre, die lange Zeit das ökonomische Heil zu verheißen schien, resultiert zum einen aus den veränderten Umfeldbedingungen. Weitgehend gesättigte Gütermärkte sowie nach unten unflexible Löhne und Preise kamen im ursprünglichen keynesianischen Modell nicht vor. Keynes selbst hat dieses Problem vorhergesehen und prophezeit, die Regierenden würden seine Rezepte auch dann noch anwenden, wenn diese wegen der veränderten Konstellationen eigentlich unbrauchbar geworden sind. Die Politik der nachfragestützenden Eingriffe des Staates wurde zum anderen aber auch durch den Mißbrauch dieser Instrumente in den vergangenen Jahren in Verruf gebracht. Die kreditfinanzierte Ausweitung der Haushaltsdefizite in den Jahren 1978 bis 1980, in einer Zeit also, in der die Staatsverschuldung eigentlich hätte abgebaut werden müssen, hat nicht nur den finanzpolitischen Handlungsspielraum des Staates auf ein Minimum reduziert, sondern auch die gesamte nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik in Mißkredit gebracht, die durchaus auch die Kehrseite der Medaille, nämlich den Abbau der Staatsverschuldung vorsieht." (ebd.) Zusammengefaßt heißt das, daß die Politiker eine Theorie in Mißkredit gebracht haben dadurch, daß sie sie zu lange angewendet und zu viele Schulden gemacht haben - was Keynes selbst schon gewußt hat! -, womit Theorien zwar grundsätzlich immer erfolgreich sind - darin, sind sich Wissenschaftler jenseits allen Streits über unbedingt noch einzubringende bzw. mangelhaft gewürdigte "Aspekte" noch allemal einig -, von den Politikern aber immer am Erfolg gehindert werden. Die Politiker haben sich also ihren wirtschaftlichen Schlamassel selbst produziert; vor diesem stehen sie und müssen nun nach neuen Mitteln suchen, ihn zu bewältigen.

- Wenn die Politiker immer alles falsch machen, dann aber doch wieder richtig, indem sie sich die richtige Theorie aussuchen;
- wenn sie selbst ihre "Handlungsspielräume auf ein Minimum reduzieren" und zugleich ganz frei eine andere Politik einschlagen können;
- wenn sie sich gleichzeitig kritisieren lassen müssen, sich zu Sklaven einer Theorie gemacht und sie dadurch "mißbraucht" zu haben;
- wenn sie mit der Theorie die "geänderten Umfeldbedingungen", die "nach unten hin unflexiblen Preise und Löhne" und die "gesättigten Gütermärkte" produziert haben, dann aber hilflos davorstehen;

dann handelt es sich bei dem *einheitlichen* Beschluß der westlichen Führungsmächte zur Aufrüstungspolitik um den individuell gestalteten, von der Mentalität der Politiker abhängigen Versuch, selbstgeschaffenen Fehlentwicklungen immer wieder zu Leibe zu rücken.

Die zeitgemäße Beschuldigung der Politiker durch die Monetaristen, nicht rechtzeitig auf die vorhersagende Stimme der Wissenschaft gehört zu haben, ist zugleich eine Entschuldigung, da ja "nur" ein theoretischer Fehler vorliegt, der nun obendrein - leider unter unumgänglichen "Friktionen" - ausgemerzt wird. Es liegt in der Logik der Sache, daß - Politiker sind nun mal keine Wirtschaftssachverständige - die nächsten Beschuldigungen kommen müssen. Frau Thatcher sagt, sie habe sich doch genau ans monetaristische Konzept gehalten - woraufhin Milton Friedman angesichts wachsender Arbeitslosigkeit und vieler Pleiten in Großbritannien (was als ausbleibender Erfolg *interpretiert* wurde) sofort erklärte, daß Mrs. Thatcher 1. die falsche Geldmengendefinition ausgewählt und sie dann 2. auch nicht entschieden genug verfolgt hätte. Obwohl ihr auch der Meister nichts anderes hätte sagen können:

"Die gültige Formel hatte Friedman... niedergelegt: ‚Ich würde das Zentralbanksystem anweisen, dafür zu sorgen, daß die gesamte Geldmenge... Monat für Monat und womöglich sogar Tag für Tag mit einer Jahresrate von x Prozent zunimmt, wobei x zwischen drei und fünf Prozent zu liegen käme.‘ Dieser Satz wurde von Friedman gewählt, weil er der langfristigen jährlichen Wachstumsrate der US-Wirtschaftsrate, entspricht (und das, obwohl immer ganz andere, ziemlich schwankende Prozentsätze herrschten!). Übergangen wurde dabei allerdings die schwierige Frage, welche Definition der Geldmenge - nach Prof. Wallich gibt es deren mindestens zehn - und welcher Wachstumsindex maßgeblich sein sollen. Friedman erklärte hierzu, daß ‚dies weit weniger wichtig sei, als entschlossen (!) eine bestimmte (!) Definition oder Wachstumsrate auszuwählen.‘" (Silk, ebd.)

Und Präsident Reagan muß sich als Kritik anhören, daß seine Reagonomics doch kaum funktionieren könnten, da er sich doch selbst nicht daran hielt:

"Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Reagan-Administration wird nun freilich auch zum Ärgernis für jemanden, der die Grundkonzeption der Reagan-Politik befürwortet. Aber das, was derzeit sich dort abspielt, ist eigentlich eine Desavouierung der ‚Supply Side Economics‘ und hat schon gar nichts mit der ‚angebotsorientierten‘ Politik zu tun." (FAZ, 19.2.)

(Der Amerika-Korrespondent der FAZ bemerkt 4 Tage vorher immerhin, daß sich Präsident Reagan an seine Theorien einfach nicht halten will:

"Reagan hätte seine Pläne ein Jahr nach seinem Amtsantritt korrigieren und die zu erwartenden Haushaltsdefizite zum großen Teil eliminieren können, wenn ihm der Sinn danach gestanden hätte... Daß er diesen Weg nicht gewählt hat, läßt sich sicher nicht nur damit erklären, daß sein Vertrauen in seine eigenen Prognosen unerschütterlich ist. Reagan

hat nie nur in den konjunkturellen Kategorien seines Amtsvorgängers gedacht." (25.2.)

Natürlich liegt es auch wieder nur an der eigenartigen Denkweise eines Reagan...)

Reagan - Ein Monetarist?

Für die Eroberung der Kommandohöhen brauchten die Monetaristen schon einen leicht komödiantischen Schwindel, der sich darin ausdrückte, daß sie ein paar Monate lang nicht wußten, ob sie nun Monetaristen od er Vertreter der "angebotsorientierten Theorie" seien. Tatsächlich hatte sie Präsiden Reagan mit seinen Wirtschaftsmaßnahmen ziemlich überrascht: Vom Vorrang der Geldmengensteuerung war bei ihm wirklich nicht viel zu vernehmen; vielmehr versprach der Präsident seinen Kapitalisten im Gegenzug zur Hochzinspolitik reichlich Erleichterung auf der Kostenseite, bei Steuern und Löhnen. Steuersenkung ist nun aber ein klassisches Mittel - das irritierte -, wie auch unübersehbar ist, daß Präsident Reagan - im Vertrauen auf seinen Kreditmarkt - mit der "Staatsverschuldungsabbau"-Ideologie ziemlich freihändig umgeht. Andererseits konnten sich die Beobachter damit beruhigen, daß die Steuersenkung ganz absichtlich sehr einseitig ist (daß der "Verbraucher" also nicht mehr als wirtschaftsfördernde Kraft vorkommt), daß der Präsident auch entschieden jede "überflüssige" Staatsausgabe abbauen will und daß schließlich die komplementäre Seite zur "Zurückdrängung" des "Konsums" tatsächlich ein Setzen auf die Wirtschaftskraft der amerikanischen Nation ist (mit allen Vorleistungen auf der Lohnseite und unter offensivem Verzicht auf "nachfragemäßige" Ankurbelung einer Binnenkonjunktur). Damit war klar, daß er auf jeden Fall gegen die Nachfragetheoretiker und für "weniger Staat" war - und automatisch auf die Monetaristen gehört haben mußte.

Opportunisten, die sie sind, haben sie ihr Geldmengendogma mittlerweile ziemlich in der Versenkung verschwinden lassen und sich ganz auf die Propagierung des sich selbst und damit die Wirtschaft durch "Enthaltbarkeit" beilenden Staates verlegt. Pathetisch wiederholen sie unter dem Namen "Angebot" die Keynes'sche Rede von der "Rettung des *Kapitalismus*", den Keynes angeblich im Verein mit unfähigen Politikern in Gefahr gebracht hat, und stellen sich voll hinter den Schein eines dem Wirtschaftswachstum *dienen wollenden* Staates ausgerechnet da, wo der Staat die Leistungen des Kapitalismus für den Fndsieg einfordert. Ganz richtig fassen sie die staatliche "Mäßigung" als eine Verschärfung der Armut auf, die fürs Kapital sehr nützlich sein kann. Aus der anderen Seite, daß die staatlichen Entschlüsse das Kapital sehr wohl *auch* treffen, machen sie - damit der angekündigte Nutzen auf der Kostenseite sich auch wirklich einstelle - umstandslos eine Aufforderung an den Staat, daß er, da er doch den "richtigen Weg eingeschlagen" habe, nicht stehenbleiben und keinerlei "nachfrageorientierte" Zugeständnisse meh machen dürfe. Die "noch" bestehenden Beeinträchtigungen werden ex negativo behandelt: Nicht setzt der Staat der Akkumulation einige neue und teilweise harte Bedingungen (deren herausragende Spitze die dauerhaft hohen Zinsen sind), sondern er hat ihr noch nicht genügend *Freiheit* verschafft.

"Policy Mix" statt "reiner Lehre"

Der Siegeszug ist nicht unangefochten, deutsche Zeitungsschreiber stehen davor. Wenn man sich schon die Staaten als die praktischen Anwälte ökonomischer Dummheiten vorstellt, dann ist es nur konsequent, den eigenen Nationalismus zu einem internationalen Kampf der Theorien auszugestalten, wobei man gut abschneidet. Helmut Maier, Mannhart "untersucht" also die andernorts verwendeten theoretischen Ansätze. Er schafft es, die Wirtschaftspolitiken anderer Staaten mit dem *Gelingen* der eigenen Wirtschaft zu konfrontieren, daß eine genuin *deutsche* Theorie, des "Pragmatismus" zum Verantwortlichen für wirtschaftliche - Fortschritte wird.

"Wenn die Bundesrepublik im internationalen Rahmen nach Japan noch am besten

abgeschnitten hat, so liegt dies unter anderem wohl auch daran, daß man hierzulande einen wesentlich pragmatischeren Kurs steuert, der im Prinzip Maßnahmen der verschiedenen Richtungen miteinander kombiniert. So ist in dem Wirbel um die neue amerikanische Wirtschaftspolitik völlig untergegangen, daß zum Beispiel der Sachverständigenrat schon seit Mitte der siebziger Jahre zunehmend angebotsorientierte Elemente empfohlen hat und diese zum Teil von der Bundesregierung auch verwirklicht worden sind. ... So wird es auch künftig zweckmäßig sein, sich nicht einseitig auf die ‚reine Lehre‘ einer bestimmten Richtung zu versteifen, sondern ein sogenanntes ‚Policy-Mix‘ zu betreiben. Gewiß werden Elemente der angebotsorientierten Politik zur Verbesserung der volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Vordergrund stehen müssen, doch läßt sich im Falle eines tiefgreifenden Nachfrageschwundes auch ein kreditfinanziertes staatliches Nachfrageprogramm im Sinne von Keynes nicht von vornherein ausschließen. Die Geldmengensteuerung wiederum muß stets den Flankenschutz geben, damit es nicht zu inflationären oder deflationären Erscheinungen kommt. Extrem pragmatisch bei der Wahl der wirtschaftspolitischen Instrumente ist Japan vorgegangen und hat damit die Anpassung an Strukturveränderungen besser geschafft als andere: das Ergebnis sollte allen Dogmatikern eine Lehre sein.“ (ebd.)

Derselbe Journalist, der zuvor politische Maßnahmen wenig schmeichelhaft als Weinpanscherei besprach - "Wenngleich im Alltag so manche Maßnahme hier wie dort den Wein der reinen Theorie verwässert" -, begrüßt nun plötzlich ein angebliches theoretisches Durcheinander seiner Regierung. Sein Maßstab dafür ist, der Vergleich mit Japan macht es offenkundig, der wirtschaftliche Erfolg der Nation. Nun plötzlich stellt sich auch heraus, daß die Regierung schon früher viel richtig gemacht hat -

"Wesentliche Elemente der Supply Side Economics werden bei uns schon seit sechs Jahren angewendet." (Was schon ein Kunststück ist, wo es sie da noch gar nicht gab) (Sievert, der damit gleichzeitig seinen Sachverständigenratstolz unterbringt, in der Fernsehdiskussion) -;

und zwar weil sie nicht so "dogmatisch" wie andere Nationen (von Washington bis Paris) verfuhr. "Dogmatisch" sind solche Nationen natürlich nur deswegen, weil sie nicht denselben Erfolg wie die BRD aufzuweisen haben (was allerdings in die Interpretationskunst des Schreibers fällt). Die nationalistische Denkweise macht einen sehr freihändigen Umgang mit der "reinen Lehre" möglich. Jetzt kommt es plötzlich gar nicht mehr darauf an, einer schlechten Theorie abzuschwören und zu einer besseren sich zu bekehren, sondern alle Theorien sind irgendwie tauglich, wenn sie richtig *angewendet* werden, wenn also die Anwendung *definiert*, was die guten Elemente an ihnen sind. Dies nennt sich dann "Pragmatismus" und ist nichts anderes als die große Zufriedenheit mit dem eigenen Staat. Das hindert die Fachleute nicht - schließlich sind sie weiterhin die Fachleute -, den Staat dauernd zu ermahnen, er solle auch wirklich tun, was er tut; sie beharren auf einem *zweckmäßigen Gebrauch des Instrumentariums*, führen also eine hypothetische Kritik ins Feld, die notwendig inhaltsleer nur als Warnung vor *möglichem* unzulässigem Gebrauch daherkommt. In der Fernsehdiskussion beherrschten folgende Formulierungen die Diskussion:

Die "gegenwärtige Wirtschaftslage"

- schwierig (alle)
- schwieriger als 1966 (Schiller und Emminger)
- strukturelle Verworfungen (Siewert)
- Überlagerung von Einzeleffekten (Siewert)
- komplex (alle)

- instabil (alle)
- Ungleichzeitigkeiten (Schiller),

und es wurden folgende Vorschläge zur Besserung gemacht:

- nicht an Allheilmittel glauben (Schiller)
- es gibf kein Patentrezept (Emminger)
- dauerhafte Politik (Schiller)
- stabile Politik (Schiller)
- umfassende und in der Rollenverteilung geordnete Politik (Schiller)
- klare Linie (Gerfin)
- nicht zu kurzer Zeithorizont (Siewart)
- keine Einzelzurechnungen (Siewert)
- der Aufschwung muß besonders lang und kraftvoll sein (Gerfin)
- Stabilitätspolitik muß allgemeine Gleichgewichtspolitik, ja vielleicht sogar Globalsteuerung im weitesten Sinne sein (Schiller)

So geht ökonomischer Sachverstand heute!

Wirtschaftspolitik, simpel

"Es ist doch so simpel und einfach: Die Unternehmer wären schockiert, frappt und irritiert, wenn sie nicht wüßten, ob sie die Investitionszulage in diesem oder im nächsten Jahr bekommen." (Schiller)

"Das zweite Jahr der Reallohnsenkung ist gelaufen. Wir sollten uns nicht kompliziertere weitere Mechanismen überlegen, sondern diesen Prozeß erstmal weiterlaufen lassen." (Schiller)

Armut als Geschäftsbasis

Früher waren die Stammkunden bei Aldi zum großen Teil Gastarbeiter, heute sind es Gast- und deutsche Arbeiter. Die Verarmung der Proleten belebt eben bei Aldi das Geschäft- ("Rekordumsatz im 1. Quartal 82"). Die sogenannten no-name-Produkte, die in den anderen Supermärkten stark steigende Tendenz haben, sind der Versuch, - "Aldi-Boom" zu partizipieren. Einen solch' banalen Schluß würde sich ein Absatztheoretiker natürlich nicht erlauben, so wie in dem Artikel auch keinmal ein Hinweis auf Armut vorkommt.

"Was nun diese Namenlosen eigentlich sind, darüber ist man sich in Fachkreisen keineswegs einig. Aus der Sicht der Markenartikler handelt es sich um nichts anderes als eine Handelsmarke neuer Prägung ähnlich denen, die bereits zum festen Bestandteil der großen Handelsorganisationen zählen und deren Aufgabe es ist, zur Profilierung beim Kunden beizutragen. Andere wiederum sehen darin ein Produkt sui generis, das sich in kein bisher bekanntes absatzwirtschaftliches Schema einordnen läßt." (Süddeutsche Zeitung vom 24.4.)

Es gibt eben solche und solche Probleme.

Kapitalismuskritik heute

1. Der Profit nimmt auf die Gesundheit derer, die für ihn arbeiten, keine Rücksicht, jedenfalls bei Profis:

"Wir haben hier die Form unserer Nationalspieler zu beurteilen, ... und da ist uns nicht nur Schumacher nicht besonders angenehm ins Auge gestochen, ... Breitner mußte nach mäßiger Leistung am Abend schon wieder zum Arzt, Kaltz machte verletzt eine durchaus unglückliche Figur in Darmstadt, schleppte sich hinkend zum Elfmeterpunkt. Littbarski war nach einer wirbelnden ersten Halbzeit kaum noch zu sehen, Briegel war nicht offensiv, rettete gegen Bochums Schreier nur durch ein Foul, Magath erfüllte die Rolle des HSV-Spielmachers nicht. Kein Wort zu Klaus Fischer, Müller trainiert nur bei irgendeinem Amateurverein mit. Man kann daraus sehen, daß ein großer Teil der Terminhatz unserer Fußballer aus purer Geldnot resultiert. Da müssen Schallplatten auf den Markt gebracht werden, und da sorgen sich auch Vereine um ihre Existenz. Warum sonst mußte etwa der 1. FC Köln mitten in der Meisterschafts-Auseinandersetzung mit dem Hamburger SV und dem FC Bayern für eine Gage von 200000 Mark nach Marokko fliegen Schumacher, Cullmann, Konopka und Strack sollen sich auf dem Rückflug die Klinke der Toilettentür in die Hand gegeben haben."

Das macht denen nichts aus, sagen die Manager, die für das Geld verantwortlich sind. (Süddeutsche Zeitung, 10.5.)

2. Der Akkumulationsprozeß des Kapitals kennt oft kein Maß. Auf Prinzipien und die eigenen Klassenbrüder nimmt er keine Rücksicht:

"Leitz führte zunächst einmal die Sparte Foto auf einen ‚harten Kern‘ zurück, wobei man sich mit der ‚Leica‘ in die oberste Preisklasse zurückzog. Dem kam entgegen, daß die Japaner immer größere Stückzahlen brauchten, daher ‚über den Preis verkaufen mußten‘. Da man sie nicht schlagen konnte, verbündete sich Leitz mit ihnen, holte Know-how und Teile von Großserien aus Japan, begann selber im Ausland zu fertigen, denn das reine ‚Made in Germany‘ war einfach zu teuer geworden. Ein neuer Mehrheitsgesellschafter brachte frisches Kapital mit nach Wetzlar.

Eines kann man aus dem Beispiel Leitz auf jeden Fall lernen: Gesundschrumpfen, darauf dann auf- und ausbauen, von der Konkurrenz lernen, das ist auf alle Fälle besser als ungestillter und ungehemmter Expansionsdrang - wie ihn Rollei Braunschweig praktizierte und damit auf der Strecke blieb." (FAZ, 3.5.)

3. Die Kreditakkumulation ist ein stumpfsinniges Ding. Ihr einziges Ziel ist die Erzielung einer möglichst großen Differenz. Das macht die produktive Akkumulation zwar auch, wenn sie sich Proleten einkauft, um deren Produkte zu verkaufen.

Das unsichtbare Zinsgeschäft

Wer am Zahlungsverkehr verdient

"Am deutlichsten wird der Stein des Anstoßes, wenn man folgenden Fall bildet: In Erwartung des Monatsgehältes kauft eine Familie einen Teppich im Wert eben dieses Monatsgehältes. Der Haushaltsvorstand bezahlt den Teppich mit einem Scheck, der im Augenblick der Aushändigung nicht durch ein Guthaben auf dem Girokonto gedeckt ist. Gleichwohl unterschreibt ihn der Familienvater besten Gewissens, denn zum einen hat ihm seine Bank einen ausreichenden Überziehungsrahmen eingeräumt, zum anderen müßte das Gehalt da

sein, wenn der Scheck dem Konto belastet wird. Trifft nun das Monatssalär erwartungsgemäß vor dem Scheck ein, dieser aber einen Tag nach dem Gehalt, dann wird - gesetzt, die beiden Beträge beliefen sich auf je 4000 DM - für diesen ,einen Tag Guthaben' kein Pfennig Haben-Zinsen gutgeschrieben.

Läuft es umgekehrt, gerät also das Konto für einen Tag in Defizit, dann wird es beim gegenwärtigen Stand der Zinsdinge mit etwa 1,60 DM belastet." (FAZ, 19.4.)

Die Banken neigen jedoch immer wieder zum "Übermaß": 3 Wochen lang beschäftigen sich das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen und die seriösen Tageszeitungen mit folgendem ernstem "Problem":

Nachher haben sie es immer schon vorher gewußt

1. Die Bundesregierung verfügt ein Verbot der Leiharbeit am Bau - im Interesse der "angespannten Arbeitsmarktsituation", versteht sich -, die Unternehmer bedienen sich mit wachsender Freiheit der "natürlichen Fluktuation", entlassen Leute an der einen Stelle ohne irgendwelchen Widerstand und stellen an anderer Stelle welche mit kurzfristigen Arbeitsverträgen für schnell zu erledigende Arbeiten ein - da bekommen die Leih- bzw. Zeitarbeitsfirmen naturgemäß Schwierigkeiten. Einem Zeitungsschreiber fällt daran keineswegs der recht simple Sachverhalt einer *geänderten* Arbeitsteilung zwischen zwei Sorten Kapitalisten auf, was einige Zeitarbeitsfirmen samt deren "Mit"arbeitern über die Klinge springen läßt nein; er hat's ja schon immer gewußt. Genüßlich schlägt er eines seiner Lieblingskapitel auf - "Sünden der Vergangenheit" - und entdeckt, daß das Geschäft der Zeitarbeitsfirmen schon immer volkswirtschaftliche Idiotie war:

a) Waren die Zeitarbeitsfirmen reine Wohlfahrtsunternehmen,

b) waren die industriellen Kapitalisten dumm genug, mit Geld nur so um sich zu schmeißen:

"Die Firmen versuchten, auf die ganz leichte Art ans große Geld zu kommen. Wer eine Schreibmaschine auch nur von ferne gesehen hatte, wurde als qualifizierte Sekretärin den Kunden ins Büro geschickt. Jeder Tunichtgut wurde weitervermittelt. Das ging solange gut, solange die Abnehmer nicht lernen mußten, mit ihrem Geld kostenbewußter umzugehen. Das hat sich mittlerweile gewaltig, geändert. Bevor eine Lohn-Mark ausgegeben wird, scheint sie dreimal umgedreht worden zu sein. Die Folge: Wer als Verleiher nicht die gewünschte Fachkraft beibringt, fliegt aus der Kartei raus. Früher konnten sich die Leiharbeitsunternehmern ihre Geschäftspartner aussuchen."

"Am Rande notiert

Der vor vermutlich einem vollen Jahr gedruckte Kalender der Deutschen Pfandbriefanstalt in Wiesbaden zitiert auf dem Blatt für den 29. April 1982 folgende Anzeige: „Sicherheit? Für alle Fälle sollte man sich weit vom Schuß ein Grundstück zulegen, dort, wo keine Großmacht irgendwelche Interessen hat, z.B. in Argentinien...“ Den phantastischen Ratschlag gab ein Makler in Stuttgart. Die Matrosen der britischen Flotte vor Falkland dürften darüber Tränen lachen." (beide Zitate, Süddeutsche Zeitung, 30.2.)

Das sagt ausgerechnet einer, der sich angesichts der Erfolge deutschen Kapitals dort drunten vor Begeisterung bislang jedesmal kugelte.